
N i e d e r s c h r i f t

über die **öffentliche** Sitzung des Kultur- und Schulausschusses des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 21. Februar 2011**, im Landratsamt Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz, Kleiner Sitzungssaal.

Beginn: 14:30 Uhr

Ende: 16:15 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	Jugendberufshelfer im Landkreis Konstanz; Bericht über die Arbeitsergebnisse im Schuljahr 2010/11 - Übergang von Schülerinnen und Schülern von allgemein bildenden Schulen in eine berufliche Schule	2011/246
2.	Arbeitskreis "Auffangnetze" im Landkreis Konstanz; Tätigkeitsbericht	2011/247
3.	Berufliche Gymnasien in der Trägerschaft des Landkreises Konstanz; Einrichtung einer zusätzlichen Klasse am Technischen Gymnasium der Hohentwiel-Gewerbeschule Singen und am Sozialwissenschaftlichen Gymnasium der Mettnau-Schule Radolfzell zum Schuljahr 2011/12	2010/221/1
4.	Berufsschulzentrum Radolfzell und Berufsschulzentrum Stockach; Anträge auf Einrichtung eines dreijährigen Wirtschaftsgymnasiums Profil "Internationale Wirtschaft" am Berufsschulzentrum Stockach sowie Einrichtung eines dreijährigen Wirtschaftsgymnasiums am Berufsschulzentrum Radolfzell zum Schuljahr 2011/12	2010/203/1
5.	Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche	
5.1.	Fortschreibung des Schulentwicklungsplans; Einberufung der Schulstrukturkommission	

Anwesend:

Hämmerle, Frank, Vorsitzender

Stimmberechtigte Mitglieder:

Binder, Hans-Peter

Blum, Ralf

Brachat-Winder, Birgit

Denzel, Wolfgang

Jüppner, Manfred

Keck, Jürgen (als Vertreter für den entschuldigten **Amann, Karl**)

Kuppel, Oliver (als Vertreter für den entschuldigten **Hänßler, Peter**)

Lehmann, Siegfried, MdL

Leipold, Brigitte

Luick, Rainer, Prof. Dr.

Müller-Fehrenbach, Wolfgang

Pilz, Walter

Schmid, Andreas (als Vertreter für den entschuldigten **Fritschi, Alois**)

Stolz, Rainer

Volz, Tobias

(15:05 bis 16:15)

Wehrle, Pius

Wolf, Peter

Entschuldigte:

Amann, Karl

Baumgartner, Dietmar

Fritschi, Alois

Hänßler, Peter

Auf besondere Einladung nehmen teil:

Beirer, Karl (Berufsschulzentrum Stockach/Schulleiter)

Bumiller, Gerhard (Zeppelin-Gewerbeschule Konstanz/Schulleiter)

Glunk, Stefan (Hohentwiel-Gewerbeschule Singen)

Happel, Gerhard (Mettnauschule Radolfzell/Schulleiter)

Hensler, Manfred (Robert-Gerwig-Schule Singen/Geschäftsführender Schulleiter)

Regul, Lukas (Wessenbergschule Konstanz/Schulleiter)

Reichle, Günter (Berufsschulzentrum Radolfzell/Schulleiter)

Spellenberg, Frank (Leiter Jugendberufshelfer)

Zauner, Simone (Jugendberufshelferin)

Von der Verwaltung nehmen teil:

Restle, Berthold

Hagen, Eveline

Lieby, Günther

Nops, Harald

Roth, Manfred

Seidl, Karin

Olms, Melanie (Protokoll)

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt den Geschäftsführenden Schulleiter der Beruflichen Schulen, Herrn **Hensler**, und die weiteren anwesenden Schulleiter.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

1. Jugendberufshelfer im Landkreis Konstanz;

Bericht über die Arbeitsergebnisse im Schuljahr 2010/11 - Übergang von Schülerinnen und Schülern von allgemein bildenden Schulen in eine berufliche Schule

Der **Vorsitzende** erläutert die Mitteilungsvorlage und führt in das Thema ein.

Frau **Zauner** stellt die Ergebnisse der Arbeit für das Schuljahr 2010/2011 anhand einer Power-Point-Präsentation vor. Demnach konnten mit Stand November 2010 insgesamt 1.782 Schüler übergeben werden, bei 136 Schülern war die Situation noch unklar. In der Zeit von November 2010 bis zum 21.02.2011 konnte die Zahl der ungeklärten Fälle von 136 auf 9 Fälle reduziert werden, diese Schüler wurden bisher noch nicht erreicht. Weitere 8 Schüler wurden zwar erreicht, waren bis zum 21.02.2011 aber noch unversorgt. Der **Vorsitzende** betont, dass kein Schüler verloren gehen dürfe.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden** berichtet Herr **Hensler**, dass man bei den besonders schwierigen Fällen versuche, die Schulpflicht eher nicht polizeilich durchzusetzen, sondern eventuell besser über eine Mittelkürzung beim JobCenter.

Kreisrat **Müller-Fehrenbach** begrüßt es, dass der Ausschuss wieder einen Einblick in die aktuelle Situation erhalte. Mit großem Aufwand werde jedem einzelnen Fall nachgegangen und dies zahle sich für die jungen Menschen im Landkreis aus. Die erfolgreiche Arbeit der Jugendberufshelfer müsse in der Öffentlichkeit gut dargestellt werden.

Kreisrat **Keck** möchte wissen, ob auch bei Bewerbungsunterlagen konkret Hilfe geleistet werde. Frau **Zauner** erwidert, dass auch Bewerbungsunterlagen gemeinsam erarbeitet würden, sofern dies gewünscht sei.

Kreisrat **Siegfried Lehmann** (MdL) bedankt sich bei Herrn **Hensler** für seine Initiative vor zwei Jahren, die ein großer Erfolg sei. Die doch erhebliche Zahl an ungeklärten Fällen sei früher so nicht wahrgenommen worden, die Schüler seien demnach auch nicht versorgt worden. Erfreulich sei der Vergleich mit den Zahlen aus dem letzten Jahr, der Ausbildungsmarkt habe sich verbessert. Bei den aktuellen Zahlen sei bemerkenswert, dass von den acht noch unversorgten Schülern die Hälfte Realschüler seien und auch dass 40 % der ungeklärten Fälle aus dem Großraum Singen stammten. Da stelle sich die Frage, weshalb Singen so stark vertreten sei.

Kreisrätin **Brigitte Leipold** fragt, ob die noch unversorgten Realschüler evtl. auf das berufliche Gymnasium hoffen. Sie möchte wissen, ob Migrantenkinder vertreten seien und wie viele Jungen / Mädchen.

Kreisrat **Stolz** betont, dass sich der Kreis mit den Jugendberufshelfern eine außergewöhnliche Betreuung leiste, mit hohem Personalaufwand und ein gutes Arbeitsergebnis auch zu erwarten gewesen sei.

Frau **Zauner** berichtet, dass von den 136 Schülern mit noch unklarer Situation 4 - 5 keinen Abschluss hätten. Sie seien aber nun dabei, ihren Abschluss zu machen. Die aktuell noch unversorgten Schüler seien alles Jungen. Ansonsten gäbe es beim Verhältnis Jungen/Mädchen oder Migranten/Nichtmigranten keine signifikanten Unterschiede. Dass Singen so stark vertreten sei läge sicher mit daran, dass die Region Singen / Engen sehr groß

sei. Herr **Hensler** ergänzt, dass es auch darauf ankäme, wie die einzelnen Schulen ihre Zahlen führen.

Der **Vorsitzende** sagt zu, dass in künftigen Präsentationen die Angaben vergleichbar gemacht werden und die Zahl der Schüler in den jeweiligen Regionen in das Verhältnis zu den entsprechenden Einwohnerzahlen gesetzt werden.

Beschluss:

Entfällt. Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Vortrag von Frau Zauner zur Kenntnis.

2. **Arbeitskreis "Auffangnetze" im Landkreis Konstanz;**

Tätigkeitsbericht

Herr **Hensler** präsentiert die bisherigen Erfahrungen und Ergebnisse anhand entsprechender Folien. Sein Vortrag wurde verteilt. Er wünsche sich eine volle Stelle für diesen Bereich und eine Erhöhung dafür zur Verfügung stehenden Stundenzahl.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass zwar ein hoher Aufwand für verhältnismäßig wenige Personen betrieben werde, dieser Aufwand jedoch gerechtfertigt sei. Denn noch vor der Wirtschaftsregion komme die Bildungsregion. Es stelle sich die Frage, wie mit dem Problem der Schulpflichtigen ohne Deutschkenntnisse umgegangen werden könne. Unter der steigenden Zahl der Asylbewerber seien auch Kinder und Jugendliche. Diese müssten in die Lage versetzt werden, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Man könne es sich nicht leisten, sie lebenslang zu unterstützen. Eventuell könnte eine Sonderklasse eingeführt werden. Er bittet Frau **Hagen**, diesbezüglich mit dem Regierungspräsidium Kontakt aufzunehmen und mit Herrn **Egenhofer** die entsprechenden Zahlen vorzubereiten.

Der **Vorsitzende** berichtet, dass ihm der Leiter der in der letzten Woche eröffneten Tagesklinik in Radolfzell berichtet habe, dass nach einer Woche schon alle Plätze belegt seien. Es bestehe offensichtlich erhöhter Bedarf. Er werde daher ggf. auf andere Träger und das Land zugehen mit der Bitte, das Platzangebot zu erhöhen.

Das Ansinnen von Herrn **Hensler** bezüglich einer erweiterten Präsenz von Frau **Zauner** in diesem Bereich sei zwar verständlich, aber darüber könne in dieser Sitzung nicht entschieden werden.

Kreisrat **Lehmann** betont, dass der Vortrag von Herrn **Hensler** den Fokus auf die entscheidenden Schnittstellen gerichtet habe. Darüber habe man bereits im Landtag diskutiert und die Landesregierung habe entsprechende Handlungsempfehlungen erarbeitet. Der Landkreis unternehme bereits sehr viel und könne dadurch auch eine hohe Erfolgsquote vorweisen. Er rege an, dass sich der Landkreis verstärkt um die verschiedenen neu eingeführten Modellprojekte des Landes bemühen solle. Das Mitmachen lohne sich, auch finanziell. Themen seien u.a. auch die Sozialarbeit an beruflichen Schulen und die Ganztagschulen. Auch was die Ganztagschulen betreffe, gebe es Modellprojekte und entsprechende Förderung, die genutzt werden sollte.

Der **Vorsitzende** erwidert, zum Thema Ganztagschule sei derzeit nichts vorgesehen, die Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen werde aber in der nächsten Sitzung vorgestellt. Konkreter Anknüpfungspunkt für eine Förderung seien die Schülerzahlen, auch an den Berufsschulen. Der genaue Schlüssel sei noch offen.

Kreisrat **Müller-Fehrenbach** bedankt sich bei Herrn **Hensler** und auch den Partnern. Es sei deutlich geworden, wo die Brennpunkte seien. Auch das vom **Vorsitzenden**

angesprochene Thema der Jugendpsychiatrie müsse angegangen werden. Für Jugendliche / Heranwachsende ohne Deutschkenntnisse müsse eine Lösung gefunden werden, dass sie schnell beschult werden und die Sprache lernen. Betreffend die Gruppe der „Jenischen“ stelle er sich die Frage, ob das bisher Unternommene ausreichend sei. Der von Herrn **Hensler** angesprochene fehlende Datenaustausch zwischen den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sei vermutlich auf den Datenschutz zurückzuführen. Es sei womöglich eine Gesetzesänderung erforderlich. Der Austausch der Daten läge aber letztlich im Interesse der Betroffenen.

Herr **Hensler** ergänzt, dass der Datenaustausch mit Einverständniserklärung der Betroffenen möglich wäre. Er sagt Kreisrat **Müller-Fehrenbach** zu, dass er ihm zur Gruppe der „Jenischen“ entsprechende Informationen zukommen lassen werde.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Beschluss:

Entfällt. Die Mitglieder nehmen den Beschluss von Herrn Hensler zur Kenntnis.

3. Berufliche Gymnasien in der Trägerschaft des Landkreises Konstanz:

Einrichtung einer zusätzlichen Klasse am Technischen Gymnasium der Hohentwiel-Gewerbeschule Singen und am Sozialwissenschaftlichen Gymnasium der Mettnau-Schule Radolfzell zum Schuljahr 2011/12

Der **Vorsitzende** erklärt, er werde TOP 3 und 4 zusammenfassen, wenn Einverständnis bestehe. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Der **Vorsitzende** berichtet, er habe vor einigen Monaten die Nachricht erhalten, dass es zwei zusätzliche Klassen geben solle - an der Mettnauschule Radolfzell und der Hohentwiel-Gewerbeschule Singen (HGS). Dies habe ihn „freudig überrascht“, da dies schon immer gefordert worden sei. Es sei kritisch hinterfragt worden, ob diese beiden zusätzlichen Klassen an diesen Standorten angesichts der Raumnot überhaupt möglich wären. Es seien Gespräche mit den Schulleitern vor Ort geführt worden und man könne festhalten, dass die Unterbringung der beiden zusätzlichen Klassen an den beiden Standorten möglich sei. Der **Vorsitzende** sagt zu, dass sich die Verwaltung auch künftig für weitere Klassen einsetzen werde. Die Räumlichkeiten an der HGS und an der Mettnauschule seien nun ausgereizt. Aber in Stockach seien Potenzial und Platz vorhanden, daher wolle er sich für eine berufliche Gymnasialklasse in Stockach einsetzen. Man wolle auch verhindern, dass eine Abwanderung nach Überlingen erfolge.

Herr **Nops** erläutert den aktuellen Sachstand zu den beruflichen Gymnasien anhand einer Präsentation. Er weist darauf hin, dass die Verwaltung den Standortvorschlag des RP aus der Presse erfahren habe und eigentlich aufgrund der Raumsituation an der HGS und der Mettnauschule einen anderen Standort bevorzugt hätte. Man sei jedoch letztlich übereingekommen, den Vorschlag des RP zu akzeptieren.

Kreisrat **Müller-Fehrenbach** betont, dass im Ausschuss und im Kreistag seit Jahren mehr Klassen gewünscht waren, die Zusage des RP sei eine sehr erfreuliche Meldung. Derzeit gebe es für das Berufliche Gymnasium einen Numerus clausus, das könne aber nicht das Ziel sein. Man habe starke Jahrgänge und durch die Zusage des RP werde nun erfreulicherweise der Wettbewerb etwas entschärft. Er bittet den Vorsitzenden, eine Gesamtbetrachtung zu den Schulstandorten noch im ersten Halbjahr 2011 vorzulegen. Das Gesamttabelleau müsse betrachtet werden. Seit den Beschlüssen zu den Schulstandorten von 2007 hätten sich die Bedingungen geändert. Dies könne ggf.

auch bauliche Folgen haben.

Der **Vorsitzende** bestätigt, dass das Schulentwicklungskonzept umgesetzt und fortgeschrieben werden müsse. Er gehe davon aus, dass mit dem Hinweis von Kreisrat **Müller-Fehrenbach** nicht der Neubau des Berufsschulzentrums Radolfzell in Frage gestellt werden sollte, sondern lediglich Bitte verbunden sei, zu überprüfen, ob die Grundlagen für das Schulentwicklungskonzept noch Gültigkeit haben.

Kreisrat **Stolz** betont namens der Fraktion der FWV, dass die Konzepte zeitnah zu betrachten seien. Es spräche im Übrigen für die Überzeugungskraft der Verwaltung, dass die beiden weiteren Klassen an den Schulen trotz immer wieder angeführter Raumnot an den Schulen doch eingerichtet werden könnten. Er erklärt, es sei eine politische Frage, ob die weitere Ausbildung auf höherer Ebene gewollt sei. Auch die Ausbildungsmöglichkeiten müssten verbessert werden. Er halte im Übrigen eine Priorisierung für erforderlich. Er unterstütze vollinhaltlich die Beschlussvorlagen zu TOP 3 und 4. Die Einrichtung eines Wirtschaftsgymnasiums in Stockach müsse ein Schwerpunkt sein und weiter verfolgt werden.

Kreisrat **Siegfried Lehmann** (MdL) erklärt, dass es einen weiteren Ausbau geben werde. Die Aussage des RP, dass der Ausbau der Klassen nun abgeschlossen sei, so wie im Südkurier berichtet, sei so schlicht falsch. Stockach müsse in der Diskussion bleiben und auch in Radolfzell gehöre ein Wirtschaftsgymnasium dazu. Für eine gute Schulentwicklung sei dies erforderlich, an allen genannten Standorten brauche es die beruflichen Gymnasien.

Kreisrätin **Brigitte Leopold** macht den Vorschlag, den Beschluss zu TOP 4 insoweit zu ändern, dass der Ausschuss die Einrichtung von weiteren beruflichen Gymnasien nicht nur „begrüßt und unterstützt“, sondern „fordert“. Sie regt an, den Beschluss um einen weiteren Zusatz zu ergänzen, dass diese Forderung „insbesondere den „paraten“ Standort Stockach und auch den Standort Radolfzell betreffe“.

Kreisrat **Wolf** erklärt, dass von 30 Realschülern ca. 15 ein berufliches Gymnasium in Überlingen besuchen. Diese Schüler sollten wohnortnah im Landkreis beschult werden. Zudem sei ein Wechsel von der Realschule auf ein allgemeinbildendes Gymnasium wegen G8 nicht mehr so einfach. Werkrealschüler nähmen zudem auch zu. Er halte es daher für unbedingt erforderlich, dass möglichst bald ein Wirtschaftsgymnasium nach Stockach komme.

Kreisrat **Jüppner** erklärt, es sei enttäuschend, dass das Land ohne Abstimmung entschieden habe. Das Potential in Stockach sei vorhanden und die Übergangsquote werde weiter steigen. Die Realschüler bräuchten eine Alternative in Stockach, ein Technisches Gymnasium oder Wirtschaftsgymnasium. Sonst wanderten sie in andere Landkreise ab. Daher müsse eine schnelle Entscheidung erfolgen, ein berufliches Gymnasium in Stockach solle mit Nachdruck gefordert werden.

Der **Vorsitzende** ergänzt, dass schon lange berufliche Gymnasien gefordert worden seien, nun sei man froh, dass es vorwärts gehe. Weitere berufliche Gymnasien müssten nun folgen. Im Übrigen sehe die fachliche Seite des RP den Bedarf ebenfalls.

Kreisrat **Kuppel** erklärt, mit den zwei neuen beruflichen Gymnasien würden die Karten neu gemischt. Dies sei die Basis für die künftige Planung. Der Bedarf in Stockach sei unzweifelhaft vorhanden. In der Übersicht seien aber nur die staatlichen Schulen aufgeführt, die privaten Schulen in Gaienhofen und Hegne müssten aber auch berücksichtigt werden. Es stelle sich zudem die Frage, ob nicht eine der beiden genehmigten Klassen anderweitig untergebracht werden könnte, z.B. als technisches Gymnasium in Stockach. Grund hierfür sei die räumliche Enge in Singen (Wanderklassen).

Der **Vorsitzende** erwidert, man solle nun annehmen, was bewilligt wurde. Dann könne

man weitere Forderungen stellen.

Kreisrat **Schmid** bemerkt, dass die aktuellen Zahlen zum Bedarf 2011 / 2012 fehlten. Es gäbe 8 WG Klassen und 7 TG Klassen, im TG seien noch Plätze vorhanden.

Der **Vorsitzende** erwidert, für das TG müsse geworben werden, damit die Klassen voll würden.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

1. die Einrichtung einer zusätzlichen Klasse am Technischen Gymnasium der Hohentwiel-Gewerbeschule Singen ab dem Schuljahr 2011/12 zu bestätigen;
2. die Einrichtung einer zusätzlichen Klasse am Sozialwissenschaftlichen Gymnasium der Mettnau-Schule Radolfzell ab dem Schuljahr 2011/12 zu bestätigen.
3. Der Kultur- und Schulausschuss fordert die Einrichtung weiterer beruflicher Gymnasien im Landkreis Konstanz und beauftragt die Verwaltung, mit dem Regierungspräsidium Freiburg und den beruflichen Schulen weitere Gespräche zu führen, insbesondere bezüglich der Standorte Stockach und Radolfzell.

Dabei ist besonders zu berücksichtigen, dass insbesondere in Stockach sowohl Bedarf besteht, als auch Räume vorhanden sind und damit auch eine kurzfristige Lösung möglich wäre.

4. **Berufsschulzentrum Radolfzell und Berufsschulzentrum Stockach;**

Anträge auf Einrichtung eines dreijährigen Wirtschaftsgymnasiums Profil "Internationale Wirtschaft" am Berufsschulzentrum Stockach sowie Einrichtung eines dreijährigen Wirtschaftsgymnasiums am Berufsschulzentrum Radolfzell zum Schuljahr 2011/12

Entfällt; siehe unter TOP 3.

5. **Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche**

5.1 **Fortschreibung des Schulentwicklungsplans;**

Einberufung der Schulstrukturkommission

Kreisrat **Müller-Fehrenbach** bittet darum, den Schulentwicklungsplan zeitnah fortzuschreiben.

Der **Vorsitzende** sagt zu, dass man darüber zunächst in der Schulstrukturkommission beraten werde. Kreisrat **Müller-Fehrenbach** ist damit einverstanden.

Beschluss

Entfällt; das Schulentwicklungskonzept ist fortzuschreiben. Die Beratung erfolgt zunächst in der Schulstrukturkommission.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 16:15 Uhr.

Der Vorsitzende:

Frank Hämmerle

Für den Ausschuss:

Wolfgang Müller-Fehrenbach

Peter Wolf

Für das Protokoll:

Melanie Olms